

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Er erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wortführerlicher Abonnementspreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Dritsch-Dumcker)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz., 25 Pf., Familienanz., 15 Pf.
Vereinsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 4720.

Nr. 76.

Berlin, Sonnabend, 20. September 1913.

Hundertvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis:

Die deutschen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Jahre 1912. — Mehr Sozialpolitik! — Glanzendes Gland. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Literatur. — Anzeigen.

Die deutschen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Jahre 1912.

Die vom Kaiserlichen Statistischen Amte zusammengestellte Statistik der Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im abgelaufenen Jahre ist diesmal als Sonderbeilage zum „Reichsarbeitsblatt“ erschienen. Danach gab es im Deutschen Reich 498 Gewerbegerichte, zu denen noch 21 auf Grund der Landesgesetze zur Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten berufene Gewerbegerichte (§ 85 des Gewerbegerichts-gesetzes) und 429 Innungsschiedsgerichte kommen. Vergleich mit diese Zahlen mit denen des Jahres 1911, so haben die Gewerbegerichte eine Zunahme um 9 und die Innungsschiedsgerichte eine solche um 3 erfahren. Insgesamt beläuft sich die Zahl der zur Schlichtung gewerblicher Streitigkeiten bestehenden Gerichte auf 948, das sind 12 mehr als im Vorjahre.

Die Tätigkeit der Gewerbegerichte als Rechtsprechungsinstanzen hat wie in früheren Jahren eine Zunahme zu verzeichnen, die jedoch nur unerheblich ist. Anhängig gemacht wurden nämlich im Berichtsjahre 120 380 Klagen gegen 119 774 im Jahre 1911. Von Arbeitnehmern wurden 112 403 Klagen gegen Arbeitgeber, von Arbeitgebern 7604 Klagen gegen Arbeitnehmer angehängt. Arbeiter gegen Arbeiter derselben Betriebes klagten 373 mal. Insgesamt waren von diesen Klagen 3352 aus dem Jahre 1911 mit übernommen worden.

Was den Ausgang der Streitfälle anbetrifft, so gelten folgende Zahlen: Durch Vergleich wurden erledigt 48 661 Fälle, durch Verzicht 3427, durch Anerkenntnis 1446, durch Versäumnisurteil 12 848 und durch andere Endurteile 17 858 Fälle. Eine andere Erledigung wurde in 31 432 Fällen erzielt, und 4708 Streitigkeiten blieben unerledigt.

In den 17 858 Fällen, wo der Rechtsstreit bis zur Verkündung eines Endurteils fortgeführt wurde, d. h. wo es weder zu einem Verzicht, noch zu einem Anerkenntnis, noch zu einem Versäumnisurteil kam, dauerte das Verfahren weniger als eine Woche bei 4811 Sachen, ein bis zwei Wochen bei 5531 Sachen, zwei Wochen bis einen Monat bei 4935 Sachen, einen Monat bis drei Monate bei 2264 Sachen und länger als drei Monate bei 317 Sachen.

Der Wert der Streitgegenstände überstieg 20 Mark nicht bei 51 942 Fällen; er bewegte sich zwischen 20 und 50 M. bei 35 004 Fällen, zwischen 50 und 100 Mark bei 18 656 Fällen und überstieg 100 Mark in 9971 Fällen. 4807 mal wurde der Wert des Streitgegenstandes überhaupt nicht festgestellt.

Berufung gegen Gewerbegerichts-urteile ist nur zulässig, wenn der Wertgegenstand 100 Mark übersteigt. Von diesem Rechtsmittel ist im ganzen nur 525 mal Gebrauch gemacht worden.

Außer der Rechtsprechung haben die gewerblichen Schiedsgerichte aber auch noch andere Funktionen; sie dienen insbesondere auch als Einigungsämter. In dieser Eigenschaft wurden die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zugleich, also von beiden Parteien, 142 mal anerkannt, nur seitens der Arbeitgeber 12 mal und nur seitens der Arbeitnehmer 155 mal. Im Vorjahre waren die betreffenden Zahlen 151, 30 und 184. Im ganzen

also ist die Anrufung des Einigungsamtes erheblich seltener erfolgt als im Vorjahre. Das Resultat der einigungsamtlichen Tätigkeit der gewerblichen Schiedsgerichte läßt sich aus folgenden Zahlen erkennen: Eine Vereinbarung kam 135 mal zustande, ein Schiedspruch wurde 42 mal gefällt, und weder zu einer Vereinbarung noch zu einem Schiedspruch kam es in 77 Fällen. Den Schiedsprüchen unterwarfen sich beide Teile 35 mal, nur die Arbeitgeber 4 mal und nur die Arbeitnehmer 1 mal. Von beiden Seiten abgelehnt wurde der Schiedspruch in zwei Fällen.

Endlich haben die Gewerbegerichte auch die Befugnis, Gutachten zu erteilen und Anträge zu stellen. Auch von diesen Rechten ist, wenn auch nicht in sehr erheblichem Maße, Gebrauch gemacht worden. Gutachten wurden nämlich 18 abgegeben, Anträge wurden 4 gestellt.

Die Kaufmannsgerichte haben sich von 1911 auf 1912 um 9 vermehrt; ihre Zahl ist von 282 auf 291 gestiegen. 250 von ihnen waren bereits bestehenden Gewerbegerichten angegliedert. Klagen wurden im ganzen anhängig gemacht 26 648 gegen 25 488 im Jahre vorher. 24 765 Klagen wurden angehängt von Gehilfen oder Lehrlingen gegen die Prinzipale und 1883 von Prinzipalen gegen Angestellte. Aus dem Jahre 1911 waren noch 1435 Klagen mit übernommen worden. Erledigt wurden durch Vergleich 10 610 Fälle, durch Verzicht 280, durch Anerkenntnis 238, durch Versäumnisurteil 2118, durch andere Endurteile 4615, auf andere Weise 2621. Unerledigt blieben 1598 Rechtsstreitigkeiten.

Die Dauer des Verfahrens bei den durch Endurteil erledigten Sachen betrug weniger als eine Woche in 659 Fällen, sie lag zwischen einer und zwei Wochen in 1099, zwischen zwei Wochen und einem Monat in 1545, zwischen einem und drei Monaten in 1100 Fällen und überstieg drei Monate 212 mal.

Die Statistik der Kaufmannsgerichte gibt uns auch Aufschluß über die Anlässe, die zu den Streitigkeiten führten. Um Antritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehrlingsverhältnisses, Ausständigung und Inhalt des Zeugnisses handelte es sich 3087 mal. Um Leistungen aus dem Dienst- oder Lehrlingsverhältnis 16 861 mal, um Rückgabe von Sicherheiten, Zeugnissen, Legitimationspapieren usw. 578 mal, um Ansprüche auf Schadenersatz oder Zahlung einer Vertragsstrafe wegen Nichterfüllung oder nicht gehöriger Erfüllung der Verpflichtungen, welche die bisher bezeichneten Gegenstände betreffen, sowie wegen gegenwärtiger oder unrichtiger Eintragungen in Zeugnisse, Krankenfallensbücher oder Leistungskarten der Invalidenversicherung handelte es sich 5832 mal, um die Berechnung und Anrechnung der von den Angestellten zu leistenden Krankenversicherungsbeiträge und Eintrittsgelder 29 mal und um Ansprüche aus einer Vereinbarung, durch welche der Angestellte für die Zeit nach Beendigung des Dienst- oder Lehrverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit behindert wird, also um die Konkurrenzklausel, 261 mal.

Was den Wert des Streitgegenstandes anbetrifft, so überstieg derselbe 20 M. nicht in 1833 Fällen, er lag zwischen 20 und 50 M. in 3417, zwischen 50 und 100 Mark in 4960, zwischen 100 und 300 Mark in 9413 und überstieg 300 M. in 5083 Fällen. Abgegeben wurde von der Feststellung des Wertes des Streitgegenstandes in 1942 Fällen. Berufung gegen die Urteile der Kaufmannsgerichte sind nur dann zulässig, wenn es sich um Streitobjekte von mehr als 300 Mark

handelt. Von diesem Rechtsmittel ist 532 mal Gebrauch gemacht worden.

Es liegt in der Natur der Sache, daß das Kaufmannsgericht seltener als Einigungsamt angerufen wird als das Gewerbegericht. Im ganzen erfolgte die Anrufung von beiden Seiten, also von Prinzipalen und Angestellten, 5 mal und von Seiten der Angestellten 1 mal. Prinzipale allein haben sich überhaupt nicht an das Einigungsamt des Kaufmannsgerichts gewandt. In den 6 Fällen, wo die Anrufung erfolgte, kam drei mal eine Vereinbarung zustande, in den übrigen 3 Fällen wurde kein Erfolg erzielt. Ein Schiedspruch wurde überhaupt nicht gefällt.

Eine viel regere Tätigkeit als die Gewerbegerichte entfalten die Kaufmannsgerichte als begutachtende und antragstellende Instanz. Gutachten wurden nämlich nicht weniger als 86 abgegeben und Anträge 46 gestellt.

Mehr Sozialpolitik!

In der deutschen Arbeiterkraft, gleichviel welche Richtung sie vertritt, besteht volle Uebereinstimmung darüber, daß die deutsche Sozialpolitik in den letzten Jahren recht unfruchtbar gewesen ist. Andererseits natürlich fehlt es auch nicht an Leuten, denen die geringe Ausbeute noch als zu groß erscheint, und die unaufhörlich über die Lasten jammern, die der Industrie durch die sozialen Gesetze aufgebürdet werden. Es müßte endlich Halt gemacht werden; eine Verbauungspause müßte eintreten, ehe neue soziale Gesetze geschaffen würden.

Mit diesen Leuten beschäftigt sich der Reichs- und Landtagsabgeordnete Dr. Radnische in einem „Ueberspannung der Sozialpolitik?“ überschriebenen Aufsatz in der „Frei. Ztg.“. Der Verfasser gibt zu, daß ein reichliches Maß von gesetzlichem Zwang über die gewerblichen Betriebe ausgeübt worden ist. Er hält es auch für richtig, daß bei neuen Gesetzen die beteiligten Kreise, d. h. nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Unternehmer gehört werden müßten. Aber so wichtig und unentbehrlich auch eine gründliche Nachprüfung jeder einzelnen Maßregel sei, so sehr auch die Stimmen der Sachkenner gehört werden müssen, auf den sozialpolitischen Fortschritt als Ganzes könne nicht verzichtet werden.

„Das Leben steht nicht still, deshalb kann auch die Gesetzgebung nicht still stehen. Immer neue Probleme wirft die gärende Zeit auf, die alle ihre Lösung heißen. Früher war das Leben ein Taten, heute ein Geschäft. Rasch entwickelt sich die Technik, rasch mehrt sich die Zahl derer, die sie in ihre Dienste zwingt. Dießem Wandel will und soll die Gesetzgebung folgen. Willkürlich lassen sich nicht Schranken setzen.“

Was die Ausgabebeträge betrifft, die dadurch allerdings erwachsen, besonders durch die Sozialversicherung, so darf nicht übersehen werden, daß sich im Wirtschaftslieben fortwährend ein Ueberwägungsprozeß vollzieht. Der Arbeiter verlangt und erhält nach einigen Jähren, vielleicht nach ernstlichen Arbeitskämpfen, Ertrag für die ihm zugemuteten Ausgaben durch Erhöhung des Lohnes. Der Arbeitgeber legt den Warenpreisen heraus, um die steigenden Löhnen zu decken. Die Güter der Preise, über welche alle Welt jetzt klagt, hängt, von anderen Ursachen abgesehen, nicht zum wenigsten mit den nachdringenden Aufwendungen für Löhne, Steuern und Wohlfahrts-einrichtungen zusammen. Daß die Herstellungskosten im Preise ihren Ausdruck finden, gehört zu den ehernen Gesetzen der Volkswirtschaft.

Sehr beachtenswert sind die Ausführungen, die Dr. Radnische gegen den Einwand macht, die deutsche Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte werde geschwächt.

„Auch der die Konkurrenzfähigkeit betreffende Einwand bedarf der Einschränkung. Nicht Feuchtigland

allein, sondern alle Aufstufstufen der Welt treiben heute Sozialpolitik. Verschieden sind mit unserer Sozialversicherung, auf Grund deren täglich 2 Millionen Markt zur Verwendung gelangen und in 27 Jahren 9,2 Milliarden als Zuschußleistung gewährt wurden, bisher an der Spitze, so hat uns England, einer unserer Hauptkonkurrenten, nimmere überholt. Die englische Versicherung greift weiter als die deutsche und umfaßt zum Teil schon die Arbeitslosenunterstützung. Aber auch die anderen als Rivalen in Betracht kommenden Nationen müssen dem Zug der Zeit nachgeben und ähnliche Einrichtungen treffen, wie sie bei uns geschaffen sind. Eine Arbeiterversicherung besteht zurzeit in 19 europäischen Staaten. Wohin wir blicken, regen sich die Massen und unter ihrem Druck die Parlamente, um einer übermäßigen Ausnutzung der Arbeitskraft zu wehren und Hilfe für die Tage der aus Erwerbsunfähigkeit entstehenden Not zu schaffen. Selbst Ausland hat den Weg der Arbeiterversicherung betreten. So gleichen sich die Produktionsbedingungen in den einzelnen Staaten mehr und mehr aus. Was daran noch fehlt, sucht man durch internationale Verträge nachzuholen.

Zufällig sind denn auch die oft gehörten Unheilsprophetisierungen am Gang der Dinge zuhaußen geworden. Dafür läßt sich ein zwingender Beweis an unseren Ausfuhrziffern führen. In zwanzig Jahren ist der Wert des deutschen Exports um mehr als das Dreifache gestiegen. Um nur die Ergebnisse der letzten Jahre anzuführen, so betrug der Wert der deutschen Ausfuhr im Spezialhandel für das Jahr 1908 6481 Millionen, für das Jahr 1912 schon 9009 Millionen. Die Erwerbskraft des deutschen Volkes ist also nicht geringer, sondern größer geworden. Was veranlaßt wir der Intelligenz und Energie der Unternehmer nicht minder als der geistig-sittlichen Führung der Arbeiter, die mit der Sozialpolitik zusammenhängt. Für jeden aufgeklärten Arbeitgeber ist es ein Erfahrungssatz, daß man mit einer gutgeleiteten, geistig regen, nicht durch überlange Beschäftigungsdauer abgeschumpften Arbeiterschaft besser vorwärts kommt. Was für die einzelnen gilt, gilt auch für die Gesamtheit. Im Wettbewerb der Nationen trägt die tüchtigste den Sieg davon."

Der Verfasser kommt am Schlusse seiner durchaus zutreffenden Ausführungen zu dem Ergebnis, daß die Gesetzgebung wie die Verwaltung an der Sehung der körperlichen und geistigen Kraft des Volkes weiterarbeiten müsse. Eine besondere, von Ueberbürdung und Verdrückung gleichweit entfernte Sozialreform bleibe die Aufgabe des Staates und der vorwärtssehenden Parteien.

Nun, die Befürchtung, man könne sich in der Sozialreform überstürzen, ist unbegründet. Dafür haben die sozialpolitischen Brennpunkte im starken Einfluß. Umso energischer müssen alle wahrhaft volksfreundlichen Parteien auf den Ausbau der Sozialpolitik hinwirken. Insbesondere müssen sie auch energisch allen Bestrebungen entgegenwirken, die darauf gerichtet sind, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter zu beschränken, und andererseits zielbewußt darauf hinarbeiten, daß das Koalitionsrecht ausgebaut und gesichert wird. Denn ebenso wichtig wie die Staatshilfe ist die Selbsthilfe für die Sehung der sozialen Lage der arbeitenden Bevölkerung. Jedenfalls ist es erfreulich, daß ein Mann wie Dr. Rachnide so wirkungsvoll für den weiteren Fortschritt der Sozialpolitik eintritt. Die Fortschrittliche Volkspartei, der Herr Dr. Rachnide angehört, teilt sicherlich die von ihm verkündete Ansicht und wird in jenem Sinne im Reichstage und in den einzelnen Landtagen wirken.

Glänzendes Glend.

Vor Kurzem hatten wir Veranlassung, die traurigen sozialen Verhältnisse zu schildern, unter denen die deutschen Bühnenangehörigen leben. Das Material dazu lieferte uns ein Aufsatz, den der Vizepräsident der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger, A. K. K. K., im Jahrbuch der Angestelltenbewegung veröffentlicht hatte. Eine Ergänzung dazu liefert das Werk: „Die deutschen Bühnen und ihre Angehörigen“ von Dr. Charlotte Engel Reimers, dem das Ergebnis einer im Jahre 1907/08 von der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger veranstalteten Erhebung zugrunde liegt. Das „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht daraus interessante Angaben über die Arbeitszeit, und wenn man so sagen darf, über den Arbeitsdienst der Bühnenangehörigen, die erkennen lassen, daß Mitleid in jenem Aufsatze nicht zu schwarz gemalt hatte.

Die Arbeitszeit der Bühnenangehörigen umfaßt nicht allein das Auftreten auf der Bühne, sondern auch die Proben zu den Stücken und die Seht des Lernens der Rollen. Was die Häufigkeit des monatlichen Auftretens anlangt, so wurde die Frage danach von 1584 Bühnenangehörigen beantwortet. Von diesen waren durchschnittlich im Monat beschäftigt:

4 bis 10 mal	245
11 " 15 "	291
16 " 20 "	320
21 " 25 "	294
26 " 30 "	327
mehr als 30 "	98

Unter den weniger Beschäftigten sind die ersten Fächer stärker vertreten als die zweiten Fächer. Von den Theatern findet man naturgemäß unter den niedrigeren Zahlen in erster Linie diejenigen, die Opern, Schauspiel und Lustspiel abwechselnd geben. Hier pflegen die ersten Sängler etwa 6 bis 8 mal, auch wohl 10 mal, die ersten Schauspielerspieler 12 bis 15 mal aufzutreten. Wo Oper und Schauspiel getrennt sind, werden die Künstler, namentlich der Chor, mehr in Anspruch genommen. Die Proben finden vormittags, nachmittags bis zur Vorstellung, und oft sogar nach der Vorstellung noch statt. Zu den gewöhnlichen Arbeitsleistungen — Auftreten, Proben und Rollenlernen — kommen dann noch die sogenannten Absteher. Diese bestehen darin, daß die Theaterleiter namentlich in kleineren Städten, wo der zu enge Zuschauerkreis ein tägliches Ziel nicht gestattet, auch andere Orte aufsuchen, um ihr Personal besser auszunutzen. Mit verpflichteten auch kleinere Städte einen Theaterdirektor benachbarter Hof- oder Stadttheater, monatlich oder wöchentlich bei ihnen eine bestimmte Anzahl von Vorstellungen zu geben. Beteiligt es sich dabei um benachbarte, gut erreichbare Orte, so werden diese Absteher gern ausgeführt; sind dagegen die Orte schwer zu erreichen, so verurteilen die Absteher eine ganz erhebliche Mehranstrengung, die auch dadurch keinen Ausgleich findet, daß für sie gute Diäten bezahlt werden, was aber oft auch nicht der Fall ist.

An all diesen Dingen geht der Laie adtlös vorüber; er betrachtet nur den Künstler auf der Bühne und glaubt, wenn ihm überhaupt einmal der Gedanke kommt, daß mit dem höchsten Ziel auf der Bühne die Tätigkeit des Schauspielers erschöpft ist. Er sieht den Glanz, aber das Glend, das unter ihm schlummert, erkennt er nicht.

Ueber ihr Einkommen haben 2112 Bühnenangehörige Angaben gemacht. Von diesen haben

	ein Saison-einkomm. v. M.	ein Saison-einkomm. v. M.
56	unter 400	111
384	400 bis 750	55
376	750 " 1000	45
348	1000 " 1250	22
220	1250 " 1500	13
121	1500 " 1750	14
98	1750 " 2000	8
122	2000 " 2500	16
98	2500 " 3000	

Danach haben 826 oder 39 Proz., d. h. weit mehr als ein Drittel, ein Einkommen bis zu 1000 Mark, 1608 oder 76 Proz., d. h. drei Viertel ein solches bis zu 2000 Mark, 3000 Mark und mehr haben nur 14 Proz. oder etwa der siebente Teil der Bühnenangehörigen.

Nach dem Monatseinkommen stellt sich das Bild folgendermaßen:

Es erhielten monatlich M.		Es erhielten monatlich M.	
bis zu 50	107	von 301 bis 350	94
51 bis 75	97	" 351 " 400	68
" 76 " 100	316	" 401 " 500	103
" 101 " 125	301	" 501 " 600	44
" 126 " 150	300	" 601 " 700	28
" 151 " 200	317	" 701 " 800	22
" 201 " 250	186	" 801 " 900	11
" 251 " 300	108	" 901 " 1000	8

Von 2112 Bühnenangehörigen hatten 200 Mark Monatsgehalt oder weniger etwa zwei Drittel, 200 bis 300 Mark, etwa ein Siebentel, 300 Mark und mehr ebenfalls etwa ein Siebentel.

Sänger bekommen durchschnittlich bedeutend höhere Gehälter als Schauspieler. Männer wie Frauen. An großen Hof- und Stadttheatern liegen die Gehälter der ersten Fächer im Weich über 600 Mark und steigen zum Teil zu außerordentlicher Höhe. Das erste Fach im Schauspiel muß sich mit weniger begnügen, wenn auch hier beliebte Kräfte ganz bedeutende Gehälter erhalten. Die großen Ausgaben für die Gehälter der ersten Fächer belasten natürlich die großen Theater in hohem Maße, so daß an den Gehältern der übrigen Fächer gespart wird, wo es nur möglich ist. Im Schauspiel gehen selbst an großen Theatern die Gehälter der zweiten Fächer nicht über 200 Mark hinaus, in der Oper nicht über 3000 Mark. Die Chorführer, deren durchschnittliche tägliche Beschäftigung vom Deutschen Bühnenverein auf 8 bis 9 Stunden an einer Reihe von großen Opern berechnet worden ist, bekommen selbst an den besten Hoftheatern nicht mehr als 1800 Mark jährlich, vielfach aber ganz erheblich weniger; dazu kommen vielerorts noch ungarantierte Spielgelder für jedes Auftreten. Im günstigsten Falle verfügt der an einem großen Hoftheater angestellte Chorführer über 150 bis 200 Mark monatlich. Der Hofoperchorführer ist das ganze Jahr veriorat; dies fällt bei den Chorführern der meisten Stadttheater

fort, weshalb im Sommer eine ganze Anzahl von ihnen brotlos ist. Jedoch ist bereits eine Reihe von Stadttheatern dazu übergegangen, ihren Chorführern Sommerunterhaltungen zu gewähren. Noch schlechter als der Chor werden die Ballettmittelglieder bezahlt. Hier beziehen die höchsten Gehälter die Ballettmeister und -meisterinnen; Solotänzerinnen und Solotänzer erhalten an großen Theatern etwa 2000 bis 3000 Mark. Das Gehalt der ausgebildeten Stanztänzerinnen kommt dem der Chorführerinnen fast gleich und beläuft sich auf etwa 1000 bis 1500 Mark, dazu kommt ein Spielhonorar von 1 bis 2 Mark für jedes Auftreten. In erheblichem Maße wird die Lage der Chor-, wie der Ballettmittelglieder durch die Einstellung schlecht vorgebildeter, aber billigerer Kräfte, zu denen die in den Chor- bzw. Ballettschulen ausgebildeten Schüler und Schülerinnen gehören, verdrückt. Auch die Gehälter der künstlerischen Hilfskräfte sind bescheiden.

Nach geringer als an den großen Theatern sind die Gehälter der Bühnenmittelglieder an den mittleren und kleinen Theatern; an den letzteren bringen es die besten Kräfte auf 150 Mark monatlich, während sich die übrigen mit 120, 100, 90 auch 60 und 50 Mark begnügen, dabei müssen sie 30 mal im Monat, wenn nicht mehr auftreten.

Das Einkommen der Bühnenangehörigen wird in erheblichem Maße durch die beruflichen Ausgaben des Schauspielers gemindert, unter denen die Ausgaben für die Bühnenaufreibe oben an stehen. Dazu kommen dann noch die Kosten für die Reise von einer Aufstellung zur anderen, die sogenannten Theaterreisen, die Ausgaben für unentgeltliche Vorproben und die Ausgaben für die Theateragenten zur Vermittlung von Stellen. Die Möglichkeit, das geringe Einkommen durch Nebenwerb zu erhöhen, ist bei den Bühnenangehörigen nur in geringem Umfange vorhanden und wird hier meistens durch Erteilen von dramatischem oder musikalischen Unterricht betätigt. Viele Bühnenmitglieder sind auf die dauernde Unterstützung ihrer Angehörigen angewiesen.

Diese Zahlen zeigen, daß die Lage weiter Künstlerfreie noch viel unangünstiger ist als diejenige von zahlreichen „Brotstärkern“. Die Bühnenangehörigen haben deshalb allen Anlaß, energisch an der Verbesserung ihrer sozialen Verhältnisse zu arbeiten. Die Wurzel des Übels kann durch gezielte Maßnahmen nicht ausgerottet werden. Auch das beste Reichstheatergesetz könnte nur die ärgsten Mißstände beseitigen. Selbst ist der Mann! muß auch die Karole für die Bühnenangehörigen werden. Die Organisation ist auch für sie das Mittel, das ihnen helfen kann und helfen wird. Was bisher auf diesem Gebiete von ihnen geleistet worden ist, genügt nicht. Der gewerkschaftliche Gedanke muß auch in jenen Kreisen mehr gepflegt werden. Nur dann wird es möglich sein, die menschenwürdigen Zustände zu beseitigen, unter denen heute noch weite Kreise der Bühnenangehörigen zu leiden haben.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 19. September 1913.

Begräbniskasse des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften. Nachdem nun vier Wochen verstrichen sind, seitdem das Werbe- und Aufnahmehaterial den der Begräbniskasse angeschlossenen Ortsvereinen zugewandt worden ist, kann berichtet werden, daß eine ganze Anzahl von Ortsvereinen, selbst da, wo bisher noch keine Verwaltungsstelle für die Begräbniskasse bestand, eifrig an die Arbeit gegangen sind, mit dem Erfolge, daß in der kurzen Spanne Zeit eine große Anzahl neuer Mitglieder der Begräbniskasse zugeführt werden konnten. Nicht verdrängen werden darf jedoch andererseits, daß auch Hunderte von Ortsvereinen, denen das Material zu gleicher Zeit zuging, bisher noch kein Lebenszeichen von sich gegeben und keinerlei Mitteilung gemacht haben, ob das Material unter den Mitgliedern verbreitet worden ist, wie sich die Mitglieder und deren Angehörigen zu den neuen Förderungsarten stellen, ob Bedürfnis zur Versicherung vorhanden ist usw.

Hier und da fürchten wohl die Kollegen, es könnte durch die Verwaltung der Begräbniskasse größere Arbeit entstehen; da läßt man die zugehenden Werbeprospektien lieber in den Vereinsdröcken liegen, anstatt mit aller Energie und Lauffrost in den Kreisen der Mitglieder Propaganda zu machen.

Aus vielen Zuschriften aus den Ortsvereinen ist zu ersehen, daß durch den Ausbau der Begräbniskasse einem starken Bedürfnis nach Höherverföderung Rechnung getragen ist; nun bedarf es doch nur der belebenden Anregung und Aufklärung in den Ortsvereinen, dann werden gewiß viele unserer Mitglieder und ihre Angehörigen

der Kasse beitreten und dem Vorstand Dank wissen für den Hinweis auf unsere so segensreich wirkende Begrüßungskasse.

Als heraus mit dem zugehenden Werbematerial! Die schnellste Verbreitung in den weitesten streifen unserer Mitglieder ist dringend erforderlich. Jede gewünschte Auskunft sowie Reklamationsmaterial ist sofort erhältlich durch die Geschäftsstelle der Begrüßungskasse Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Eine günstige Gelegenheit zur Agitation bietet die Entlassung der Reservisten. Viele tausende von jungen Leuten, die bisher ihrer militärischen Dienstpflicht genügt haben, werden jetzt entlassen und sind gezwungen, sich wieder einen Erwerb zu suchen. Der eine oder der andere hat vielleicht schon vor seiner Dienstzeit den Wert der Berufsorganisation erkannt. Diese Leute werden von selbst wieder zu ihren Vereinen kommen. Mancher, der einem "freien" Verbande angehört hat, wird durch seine Militärzeit vielleicht auch seine Meinung gewechselt haben und eher geneigt sein, einer auf nationalem Boden stehenden Organisation sich anzuschließen. Indessen die Mehrzahl der Reservisten hat zweifellos bisher der Organisation ferngeblieben. An sie müssen wir uns jetzt in erster Linie wenden und sie für die Deutschen Gewerksvereine zu gewinnen suchen. Die Werbearbeit kann nicht schwer sein. Mancher von den jungen Leuten wird gerade jetzt, wo der wirtschaftliche Niedergang sich in zahlreichen Gewerben bereits deutlich fühlbar macht, erkennen, wie nützlich es ist, wenn man einer Arbeiterorganisation angehört, die im Falle der Arbeitslosigkeit ihren Mitgliedern wenigstens über die schlimmsten Nöte hinweghilft.

Wir begnügen uns mit diesem kurzen Hinweis und erwarten von den Kollegen draußen im Lande, daß sie überall auf dem Boden sind und die heimgekehrten Reservisten an ihre Organisationspflicht erinnern. Wer energisch an der Ausbreitung und Vergrößerung unserer Organisation mitarbeiten will, dem ist jetzt die Möglichkeit gegeben. Also frisch ans Werk!

Mit der Frage der inneren Kolonisation beschäftigt sich der fortidrittliche Reichstagsabgeordnete Dr. Wendorf in der "Münchener Post". In ihr erblickt er das wirksamste Mittel, der Viehhinnot und den hohen Fleischpreisen zu steuern.

Soll endlich die Fleischnot bekämpft und beseitigt werden, so müssen kleine, kleine und mittlere Betriebe geschaffen werden: entfallen doch 88 Prozent der gesamten Rindviehhaltung und sogar 92 Prozent der ganzen Schweinehaltung auf den Mittel- und Kleinbauern. Bei der Güternutzung ist die Liebergenigkeit des Kleinbauern noch ausgesprochen. Es werden auf 100 Hektar gehalten von Gütern von 0,5 bis 100 Hektar nur 25 Führer, in den Bereichen von 0,5 bis 100 Hektar nur 52 Führer, was dies allein für Volksernährung und Wohlstand ausmacht, beweist die Tatsache, daß z. B. 1911 in Deutschland eingeführt werden mußten für 45 Millionen Mark an Getreide, für 211 Millionen Mark an Eisen. Die Großgrundbesitzer diehshwach ist, so ist er auch menschenarm und befördert in steigendem Maße die Entvölkerung des platten Landes, die fast eine Million von Berufslosigkeit zum platten Lande in Preußen betrug im Durchschnitt der Jahre 1890 bis 1905 11,4 der Gesamtbevölkerung, dabei aber in der Rheinprovinz nur 3,4 Prozent, in den Großgrundbesitzer-Provinzen Pommern 19,5 Prozent, in Preußen sogar 21,9 Prozent. Dieser Entleerung muß der Großbetrieb abzuwehren durch Einfuhr ausländischer Landarbeiter, die zu einer stetigen Schwächung des Nationalvermögens, zu wachsender Kriminalität und zunehmender Volumentierung führt — eine eigenartige Seite der sogenannten nationalen Wirtschaftspolitik der Konventionen! So sieht sich die innere Kolonisation im wahren Sinne des Wortes als die Förderung des Tages, als die große Aufgabe der Gegenwart. Möge sie bald von einem vielgesprochenen und vielgehörten Schlagwort werden zu einer nationalen, rettenden Tat!

Dr. Wendorf ist selbst Landwirt und Besitzer eines großen Gutes. Umso mehr Beachtung verdienen seine auf praktischen Erfahrung begründeten Ausführungen. Leider aber ist bei dem großen Einfluß des Agrarierturns nicht zu erwarten, daß sie auch an maßgebender Stelle gebührend gewürdigt werden.

Arbeiterbewegung. In Stettin sind die im Arbeitsgebiet beschäftigten städtischen Arbeiter in den Streik getreten, weil der Magistrat die eingereichten Forderungen nicht völlig bewilligt hat. Es handelt sich um etwa 600 Ausländer bei im ganzen 900 Arbeitern. Die Verwaltung, die augenblicklich nur die dringendsten Schiffsübertragungen vornehmen kann, ist der Ueberzeugung, in wenigen Tagen den gesamten Bedarf an Arbeitskräften wieder gedeckt zu haben. — In der Maschinenbauanstalt A. G. in Adersleben dauert der Streik der Metallarbeiter ununterbrochen fort. Die Firma hat Arbeitswillige heran-

zuziehen versucht, mit denen sie aber den Betrieb kaum aufrecht erhalten kann. — Die Linolenleger in Hamburg, Altona und Wandsbeck befinden sich in einer Lohnbewegung. Einige Firmen haben die Forderungen bewilligt, bei der Mehrzahl ist die Arbeit niedergelegt worden.

In England macht die Streikbewegung von Tag zu Tag weitere Fortschritte. Die Zahl der Ausständigen in Dublin dürfte bereits 20 000 betragen; sie nimmt fortwährend zu, obgleich das Glend in den Familien der Streikenden sehr groß ist. — Auch in London zieht der Kampf immer weitere Kreise. Die Omnibusangeestellten und Autoführer, im ganzen etwa 18 000 Mann, haben beschlossen, in den Streik zu treten, wenn die Gesellschaft ihnen nicht gestattet, ihre Gewerksvereinsabzeichen zu tragen. Die Stimmung ist eine sehr erregte und hat auch an andern bedeutenden Plätzen zur Arbeitseinstellung geführt.

Die Kohlengewinnung der Welt wird vom Bergbauverein Essen in seinem Jahresbericht für das letzte Jahr auf 1245 Mill. Tonnen geschätzt und hat danach die Förderung von 1911 um 61 Mill. Tonnen übertraffen. Die Hauptgewinnungsländer waren an der Weltförderung folgendermaßen beteiligt: Verein. Staaten von Amerika mit 39 Proz., Großbritannien und Deutschland mit je 21 Proz.; auf diese drei Staaten zusammen entfielen über 80 Proz. der Kohlenförderung der Welt. Die Herstellung der Welt hat in 1912 107 Mill. Tonnen betragen gegen 91 Mill. Tonnen im Jahre vorher. Die Vereinigten Staaten von Amerika waren an dieser Produktion mit 40 Mill. Tonnen, Deutschland mit 29 Mill. Tonnen beteiligt.

Die Steinkohlengewinnung in Deutschland, zu der Preußen über 94,5 Proz. beitrug, stellte sich im letzten Jahr auf 177 Mill. Tonnen gegen 169 Mill. Tonnen im Vorjahr. Außer dem Oberbergamtsbezirk Clausthal, der gegen 1911 eine unbedeutende Abnahme der Förderung zu verzeichnen hat, sind alle Bezirke an der Zunahme beteiligt. Die Braunkohlengewinnung Deutschlands ist in 1912 um 11,6 Proz. auf 82,3 Mill. Tonnen gestiegen. Preußen war an dieser Förderung mit 82,3 Proz. beteiligt, das Königreich Sachsen mit 6,5 Proz., Sachsen-Altenburg mit 5 und Braunschweig mit 2,1 Proz. Die Stahlerzeugung des Deutschen Reiches (29,1 Mill. Tonnen) weist gegen 1911 eine Zunahme um 3,7 Mill. Tonnen auf. Der Dortmunder Bezirk war bei einer Steigerung seiner Produktion um rund 3,3 Mill. Tonnen mit 22,1 Mill. Tonnen an dem Gesamtsergebnis beteiligt. An Preußen wurden in Deutschland 5 Millionen Tonnen aus Steinkohle und 19,1 Mill. Tonnen aus Braunkohle gewonnen. Auf den Oberbergamtsbezirk Dortmund, der nur Steinkohlenbracketts liefert, entfielen 1,5 Mill. Tonnen. Der Wert der gesamten deutschen Erwerbsproduktion stieg in 1911 (für 1912 liegen die Angaben noch nicht vor) von 2009 Mill. auf 2086 Mill. Mark; davon entfielen auf Steinkohle 173 Mill., auf Braunkohle 183 Mill. und auf Eisen 115 Millionen Mark. Diese drei Mineralien zusammen waren an dem Gesamtwert mit 89,4 Proz. beteiligt. Die Zahl der in der deutschen Bergwerksindustrie beschäftigten Personen stieg von 810 832 in 1910 auf 821 351 in 1911, von denen 628 307 im Steinkohlenbergbau und 72 567 im Braunkohlenbergbau beschäftigt waren.

Was heißt „Mündigungsausschluß“ in Arbeitsverträgen? In Arbeitsverträgen findet man vielfach die Bestimmung, daß zur Auflösung des Arbeitsverhältnisses eine Mündigung notwendig sein soll. Sofern diese Bestimmung nicht näher umschrieben ist, erhebt sich die Frage, ob nun das Arbeitsverhältnis jeder Zeit, also auch im Laufe des Tages, gelöst werden kann. In der Regel wird das wohl nicht Absicht der vertragsschließenden Parteien sein, vielmehr soll ein solcher Mündigungsausschluß wohl dahin verstanden werden, daß der Austritt ohne besondere Mündigungsfrist am Schluß eines jeden Arbeitstages zulässig ist. Vornehmenswert in dieser Hinsicht ist ein jüngst gefälltes Gewerbegerichts Urteil. Ein Arbeitgeber hatte einem Arbeiter wegen Streikbruchs gemäß § 124 der Gewerbeordnung vom Vorhinein den Betrag eines ordentlichen Tagelohnes eingehalten, weil der Arbeiter ohne weiteres an einem Montage der Arbeit ferngeblieben und erst am Abend dieses Tages mitgeteilt hatte, daß er austrete. Der Arbeiter erhob Klage auf Zahlung des gekürzten Lohnes, wurde indessen abgewiesen mit der Begründung, daß „Mündigungsausschluß“ nur die Ausscheidung einer besonderen Mündigungsfrist bedeute. Die Pflicht bei beabsichtigter Lösung des Arbeitsverhältnisses des dem Arbeitgeber mitzuteilen, werde dadurch nicht beseitigt. Die Aufkündigung des Verhältnisses sei

aber erst am Schluß des Tages erfolgt. Aus dem bloßen Wegbleiben des Arbeiters könne der Arbeitgeber nicht entnehmen, daß der Arbeiter aufhören wolle. Der Arbeiter sei also an diesem Tage kontraktbrüchig gewesen.

Sind und Kino. Für die Veranlassung von Kinovorstellungen für Schüler und Jugendliche fehlt es bisher an hinreichendem Filmmaterial. Es ist zwar leicht, aus den vorhandenen Katalogen eine zweckentsprechende Auswahl zu treffen, aber schwierig ist es, eine Sammelstelle zu schaffen, an der die geeigneten Filme zu mäßigen Preisen zu entleihen sind. Unter Aufwendung von erheblichen Mitteln — im laufenden Etat 30 000 Mk. — hat die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, Berlin W., Lüneburgerstr. 21, ein Filmmarchiv geschaffen, das die in erster Linie in Betracht kommenden und leicht zugänglichen Filme enthält. Die Gesellschaft läßt diese Filme durch ihre Wanderkinos in allen Teilen Nord- und Mitteldeutschlands durchführen und verleiht sie gegen eine geringe Entschädigung an Schulen, Gemeinden und Bildungsvereine. Zurzeit verfügt die Gesellschaft über 250 Filme (50 000 Meter). Das Filmmarchiv wird aber durch weitere Ankäufe fortgesetzt vermehrt. Von der Einrichtung machen insbesondere auch die Jugendpflegeorganisationen einen weitgehenden Gebrauch. Die Gesellschaft hat bereits im vorigen Winterhalbjahr etwa 700 Filme verliehen und durch ihre Wanderkinos in 186 Orten Vorführungen für Kinder und Erwachsene veranstaltet. Im beginnenden Winterhalbjahr können diese Arbeiten in erheblich größerem Umfang durchgeführt werden. Die Gesellschaft stellt ihre Anleitungen und Filmlisten jedermann unentgeltlich zur Verfügung.

Ueber die deutschen Schulbauten der Gegenwart hat die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung eine umfangreiche Lichtbilderausstellung zusammengestellt. Die Sammlung umfaßt etwa 1000 Diapositive. Vertreten sind größere und kleinere Städte Deutschlands mit ihren neueren Schulbauten. Die Vorlagen sind von den städtischen Schulverwaltungen zumeist mit Erläuterungen zur Verfügung gestellt worden. Die Sammlung gibt einen Ueberblick über das, was zurzeit auf dem Gebiete des Schulbaues geleistet wird und zugleich einen interessanten Einblick in das Aussehen des modernen Schulwezens. Sie wird an Gemeinden, Schulen, Bildungsvereine usw. gegen eine geringe Gebühr ausgeliehen, um die Fortschritte auf dem Gebiete des Schulbaues bekannter zu machen und dazu mitzuwirken, daß überall, wo neue Bauten errichtet werden sollen, die besten Muster der Gegenwart zur Hand sind. Vor allen Dingen können auch durch Vorführung der Bilder und entsprechende Erläuterung — die Erläuterungen wegen den Bildern beigegeben — auch weitere Kreise für das wichtige Gebiet der Schulbaukunst interessiert werden.

Zur Bekämpfung des Geburtenrückganges, den man mit Recht als eine nationale Gefahr ansieht, wird jetzt in Frankreich eine energische Familienpolitik getrieben. Kurzlich ist ein Gesetz erlassen worden, das die finanzielle Unterstützung kinderreicher Familien aus öffentlichen Mitteln vorieht und diese Unterstützung nach folgenden Grundsätzen regelt:

Jedes Familienhaupt, das mehr als drei Kinder zu ernähren hat, erhält nach der Geburt des vierten Kindes Anrecht auf öffentliche Zuweisungen, wenn es seine Bedürftigkeit nachweisen kann. Bekleren die Kinder den Vater und fallen sie der Mutter zur Last, dann beginnt die Unterstützung bereits beim zweiten Kinde. Ein Witwer hat vom dritten Kinde an Anspruch auf Beihilfe. Der Staat verpflichtet sich, diese Unterstützung bis zum vollendeten 16. Jahre zu gewähren, wenn das Kind in das Gewerbeleben eintritt. Die Höhe der Unterstützung wird für die einzelnen Gemeinden vom zuständigen Gemeinderat festgelegt. Sie ist in den Großstädten höher als in den Landorten. In Franken soll der Mindestbetrag, in Franken der Höchstbetrag pro Jahr und Kind sein. Die Unterstützung wird halbmonatlich ausbezahlt.

Außerdem soll noch eine Reihe anderer Gesetzesvorlagen in Vorbereitung sein, die der Hebung des Familienlebens dienen und damit indirekt dem Geburtenrückgang entgegenwirken sollen.

Die Ausbreitung der Bildung in den weitesten Schichten des deutschen Volkes, die für die letzten Jahrzehnte charakteristisch ist, hat ihre unperfektere starken Lidrien, kann aber auch in einer Beziehung verhängnisvoll werden. Sie kann nämlich verflöndend wirken, wenn die feiten Grundlagen fehlen, jenes elementare Wissen mangelt, das erst tieferes Verständnis und artikuliertes Sönnen vermittelt. Je besser man z. B. die deutsche Sprache kennen lernt, umso leichter vermag man in die Schönheiten der Literatur einzudringen. Solche

Lücken in den elementarsten Kenntnissen sind meist dadurch entstanden, daß der betreffende Wissenschaf von der Volksschule unvollkommen gelehrt worden oder durch Mangel an Übung wieder verloren gegangen ist.

Um dem nun abzuhelfen, haben sich in verschiedenen Unterfertigkeitsstädten Vereine von Studenten, meist unter dem Namen „Unterrichtsfürsorge für Arbeiter“ oder ähnlich gebildet, die Arbeitern und Arbeiterinnen unentgeltlich Unterricht in den Elementarfächern wie Deutsch, Rechnen, Schreiben usw. erteilen und jetzt im Verbands akademischer Unterrichtsfürsorge Deutschlands zusammengeschlossen sind. Die Beschränkung auf die Elementarfächer, die Sagen des Vereins und die bisherigen Erfahrungen lassen erkennen, daß die Vereine politisch und religiös auf einem völlig neutralen Standpunkte stehen und sich jeder Einmischung in Weltanschauungsfragen streng enthalten. Andererseits hat das rege Interesse, das die Arbeiter an den durchaus nicht reizlosen Elementarfächern nehmen, ein stetiges Anwachsen der Besucherzahl der Kurse zur Folge gehabt. Wir weisen schließlich noch auf den Nutzen hin, den neben dem Vorteil für den einzelnen das gemeinsame Zusammenarbeiten von Arbeitern und Studenten für beide Teile hat; die gegenseitige Kenntnis auf Grund eigener Anschauung wird manche vorgefaßte irrtümliche Meinung gründlich kurieren. Wir können daher unseren Mitgliedern die Benutzung dieser Unterrichtsfürsorge dringend empfehlen. Der Beginn des Unterrichts ist Ende Oktober.

Die kaufmännisch-gewerbliche Fortbildungsschule des Berliner Handwerker-Vereins, C., Sophienstraße 18, eröffnet am Mittwoch, den 1. Okt. ihre Winterkurse. Die Schule macht es sich zur Aufgabe, das für jeden Handwerker, Gewerbetreibenden, Handlungsbevollmächtigten, Beamten, Arbeiter notwendige theoretische Wissen zu vermitteln. Es sind Kurse vorhanden für Deutsch, Rechnen, Algebra, Buchführung, Schönschreiben, Englisch, Französisch, Zeichnen, Stenographie, Stenochorographie, Gesang, Turnen. Fachklassen sind eingerichtet für Angehörige der Goldbearbeitungs- und Metallbranche. Ausländer bestehen mit Erfolg den deutschen Unterricht im Unterrichtsfach. Dem weiblichen Geschlecht ist die Beteiligung an allen Kursen gestattet. Für Auswärtswohnende findet keine Erhöhung des Unterrichtsgeldes statt. Die Unterrichtszeit fällt in die Abendstunden von 8 1/2 bis 10 Uhr. Sonntags von 9 bis 11 Uhr. Unterrichtspläne sind beim Verwalter zu haben und werden auf Wunsch zugestellt. Anmeldungen können schon jetzt bewirkt werden Montags, Mittwochs und Sonnabends an der Geschäftsstelle des Vereins.

Gewervereins-Zeil.

Nachr. Am Montag den 6. und Dienstag den 7. Oktober finden die Wahlen zum Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Stadtbezirk Nachen statt. Dieser gab es hier 10 Ortskrankenkassen, welche nunmehr durch einen Beschluß der Stadtratsordnungsversammlung zu einer allgemeinen Ortskrankenkasse zusammengelgt worden sind! Es soll dadurch erreicht werden, daß die Verwaltungskosten herabgemindert und die Leistungen erhöht werden. In der Tat stehen die hiesigen Orts- wie auch Fabrikkrankenkassen mit ihren Leistungen gegenüber anderen Städten in Rheinland und Westfalen zurück. Während viele von diesen die Familienunterstützung schon seit 15 bis 20 Jahren eingeführt haben, jedoch also auch die Angehörigen der Kassennmitglieder freie ärztliche Behandlung und für Medikamente nur ein Drittel der Kosten zu zahlen haben, und auch ein Begräbnisgeld für verstorbene Familienangehörige gewährt wird, war von allem bisher in Nachen noch nicht die Rede. Nunmehr aber kommt es darauf an, Verbesserungen in dem geschätzten Sinne einzuführen.

Den Krankentafeln ist durch die Reichsversicherungsordnung eine ausgedehnte Selbstverwaltung gewährt worden. Diese Selbstverwaltung bzw. ihre Überwachung liegt dem Ausschuß und den Vorständen ob. Anstelle der früheren Generalversammlung tritt ein Ausschuß, dessen Mitgliederzahl für Nachen auf 75 festgesetzt ist. 25 Ausschußmitglieder wählen die Arbeitgeber, 50 die Versicherten. Dazu kommen noch die Stellvertreter bzw. Ersatzmitglieder. Die Wahlen werden vollzogen von den volljährigen Kassennmitgliedern und zwar nach dem System der Verhältniswahl. Die Gewervereine haben natürlich ein lebhaftes Interesse an der Zusammenlegung des Ausschusses, der den Vorstand wählt, jedoch alle wohlberechtigten Gewervereinsmitglieder sind unbedingt an der Wahl beteiligt und auch für die Liste der Gewervereine Propaganda machen müssen. Am Sonntag, den 28. September, vormittags 10 1/2 Uhr findet im Vereinslokale „Zum alten Präsidium“ in der Bontstraße, eine allgemeine große Mitgliederversammlung aller Berufsstände, in welcher nochmals über die Wichtigkeit der Wahlen Aufklärung gegeben wird. An die Vorstände und Vertrauensmänner richten wir die dringende Bitte, alles aufzubieten, daß diese Verammlung gut besucht wird, und auch alle Mitglieder am Tage der Wahl ihre volle Pflicht tun. Auf jede einzelne Stimme kommt es an. Daher mit Energie und Fleiß an die Arbeit!

Der Ortsverbands-Vorstand.

Verbands-Zeil.

Beisammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewervereine (D.-D.). Verbandsabend der Deutschen Gewervereine, Greifswalderstr. 221-23. Mittwoch, 24. Sept., abends 8 1/2 Uhr Vortrag des Kollegen Lemm über: „Betrachtungen über den sozialdemokratischen Parteitag“. Gewervereins-Beiratsrat (D.-D.) Jeden Donnerstag, abds. 9-11 Uhr. Verhandlungsbüro 1. Verbandsabende d. Deutschen Gewervereine (Greiner Saal). Gäste willk. Fabrik- und Handarbeiter Berlin 1. Sonnabend, 20. Sept., abends 8 1/2 Uhr im neuen Vereinslokal Schultzeischestraße, Stahlhüttenstraße 43. Wichtige Tagesordnung.

Orts- und Bezirksverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung im Burghörsel (Schiffbau, Bremen, Kellenstraße). **Cottbus** (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandowstraße 42. **Dessau**. Gewervereins-Beiratsrat jeden Mittwoch, abds. 8 1/2-11 Uhr. Verhandlungsbüro 1. Vereinslokal „Fasan“, Marktstr. **Eisenfeld-Barmen** (Ortsverband). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung bei Roggenkämpfer, Eisenfeld, Luisenstr. und Erholungsstr.-Ecke. **Essen-Nuthe** (Ortsverband). Sonntag, den 21. Sept., vormittags 10 Uhr. Verhandlungsbüro im Vereinslokal, Verbandsabende, Frohnhauserstr. 53. Tagesordnung dort. **Frankfurt a. O.** (Gewervereinsabgeordneter). Jeden Freitag von 8-10 Uhr. Verhandlungsbüro im Vereinslokal, Marktstr. 16. Verbandsabende herzt. willkommen! **Gelsenkirchen** (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertreter-Sitzung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abends 7-9 Uhr, Distriktskassen im Lokal von C. Simon, Alter Markt. **Graz** (Ortsverband). Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr. Distriktsabend bei Subwig. **Hamburg** (Ortsverband). Jeden Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr im Restaurant „Wieshof“, Lagerstraße 2. Distriktsabend. **Hamburg** (Gewervereins-Beiratsrat). Jeden Donnerstag, abds. 8-10 Uhr. Sitzung im Vereinslokal, Eimsbüttlerstr. 48-50. **Herrn** (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat, abds. 8-10 Uhr. Sitzung im Vereinslokal, gegenüber der evang. Kirche. **Nürnberg**, Distriktsabend jeden 2. Mittwoch bei Hüppe. **Reich** (Ortsverband). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr Vertreter-Sitzung in der Benz-Erholung, Kreuzgasse. **Siegen** (Gewervereins-Beiratsrat). Die Verhandlungsbüros finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25. Gäste und Wohlwollende Mitglieder sind herzlich willkommen. **Walthausen-Nuthe**. Jeden zweiten Sonntag im Monat nachmittags 5 Uhr, Vertreter-Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 88. **Oldenburg** (Ortsverband). Sonntag, 21. Sept., nachm. 5 Uhr bei Starnberg am Markt. T.-D. Besichtigungswesen. Vortrag über die Bedeutung der kirchlich-underrichtlichen Gewervereine. Ref.: H. Meißelstr. Verbleibendes. **Stettin** (Eingetragter Gewervereine). Die Verhandlungsbüros finden jeden Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststraße 5. Gäste. **Stettin** (Ortsverband). Verhandlungsbüro jeden Montag, abds. 9 Uhr d. Rebel u. Donnerstag, 5. Winter 1. Stredow. **Tegel** (Distriktsklub für Tegel, Vorhauwalde u. Reinickendorf). Sitzung jeden Dienstag, abds. 8-10 Uhr bei Müller, Schillerstraße 28. **Edel-Schneiderstraße**. **Thorn** (Bäder). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Rietel, Bauwerk. 62. **Wedermark** (Ortsverband). Die für Sonntag, 21. Sept. eingelegte Sitzung in Weddermark findet nicht statt. **Weißenfeld a. O.** (Verbandsrat „Harmonie“ der Deutschen Gewervereine). Verhandlungsbüro jeden Mittwoch, abds. von 8 bis 11 Uhr im Vereinslokal, „Rosenpark“. **Wien** (Ortsverband). Verhandlungsbüro jedes Wochenende im Monat Distriktsklub in Hermanns Garten. **Worms** (Ortsverband). Jeden Dienstag, abds. 9 1/2 Uhr. Sitzung im Verbandslokal „Rheinthal“.

Änderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis. **Schweidnitz** (Ortsverb.). P. Eißelt, Schriftführer, Verberstr. 2-4.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden aus gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Soziale Kommission der Deutschen Gewervereine
Gross-Berlin

Sonntag, d. 21. September 1913, abds. 6 1/2 Uhr im Verbandsabende der Deutschen Gewervereine Berlin NO 55, Greifswalder Str. 221 (grosser Saal)

Unterhaltungsabend

bestehend in musikalischen und Gesangs-Vorträgen.

Im Anschlusse hieran gemütliches Beisammenseln und Tanz

Saaleröffnung 6 Uhr abends.

Eintrittskarten zu 80 Pf. inkl. Programm und Tanz sind in allen Bureaus und bei den Ortsvereinskassierern zu haben.

Ortsverb. Durchreisende Arbeitslose etc. Unterstützung bei Heizung, Mietzins etc. 74.

Oberrheinischer Ortsverband, Elz-Bezirk. Unterstützung von 75 Pf. an wandernde Kollegen bei Ernst 83er Jun. in Scheibenberg, Matzhausstr. 62, mittags von 12-1 und abds. von 6-8 Uhr.

Thorn. Durchreisende erhalten Abendrot, Nachtlager und früh Kaffee beim Verbandskassierer R. Peinrichs, Breite Str. 18.

Bamgen. Durchreisende etc. im Winterhalbjahr 1. März und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pf. bei G. Gerbe, Wend. Graben 30.

Ratingen, O.-Schl. (Ortsverb.). durchreisende Verbandskollegen erhalten eine Unterstützung von 75 Pf. beim Ortsverbandskassierer Franz Frell, Schlastr. 17.

Rosowen. Ortsverbandsgegenstand für durchreisende Kollegen bei G. Peater, Friedr. Kirchplatz 18.

Wesig (Ortsverband) Durchreisende Verbandskollegen erhalten eine Unterstützung von 75 Pf. beim Kollegen Albin Müller, Gemüthstr. 15. Karten sind zu entnehmen beim Kollegen Oswald Demmig, Sangerberg 5, mittags 12-1, abends 6-8 Uhr.

Schweidnitz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Verpflegungskarten im Werte von 75 Pf. bei allen Ortsvereinskassierern. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandskassierer S. Wagner, Reichenbacherstr. 17, Hinterhaus 1 Treppe.

Cottbus (Ortsverband). Unsere Herberge befindet sich im Gasthof „Zum preussischen Hof“, Taubenstraße 19, in der Nähe des Bahnhofs. Durchreisende Kollegen erhalten Herbergskarten bei den Ortsvereinskassierern und für den Ortsverband bei Kollegen Reinhold Brunzel, Gartenstr. 1.

Kreisfeld (Ortsverband). Durchreisende Arbeitslose erhalten Unterstützung von 75 Pf. beim Verbandskassierer Otto Wende, Luisenstraße 15.

Rönsberg (Ortsverb.). Durchreisende Gewervereinskollegen erhalten ein Ortsgegenstand von 1 Mk. beim Ortsverbandskassierern F. Rentner, Barbere Vorstadt 58.

Strebsamen Gewervereiner
Für jeden

sind folgende (soeben erschienene) Schriften, enthaltend die auf dem letzten Verbandsabende gehaltenen Vorträge, für die Verarbeiteten unentgeltlich:

- Lebensversicherung** für die Jahre 1910 bis 1912, erhalten vom Verbandsvorsitzenden Karl Goldschmidt;
 - Das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Großindustrie**, von B. Reichauf;
 - Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis**, von R. Schumacher.
- Das Stück kostet 10 Pf.; 10 Stück 80 Pf.; 20 Stück 1,50 Mk. und 50 Stück 3,75 Mk. bei portofreier Zusendung. Die Bestellung ist unter Beifügung des Betrages an den Verbandskassierer Rud. Klein, Berlin NO. 55., Greifswalderstr. 221-228, zu richten.

Wittenfeld (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Verbandsgegenstand von 75 Pf. bei den Ortsvereinskassierern ihres Berufs; sind Berufe nicht am Orte vertreten, beim Ortsverbandskassierer O. Eppendorff, Neup. Bismarckstr. 10.

Schmölln (Ortsverband). Allen durchreisenden Gewervereinskollegen wird für Nachquartier eine Unterstützung von 60 Pf. gezahlt. Kartenausgabe bei E. Tragsdorf, Bachstraße 2.

Spandau (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen aller Berufe erhalten ein Ortsverbandsgegenstand von 75 Pf. im Lokal von M. Schneiderath, Molle- und Bismarckstr.-Ecke.

Prinsenan (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Vergütung. Martenausgabe Kraus's Hotel.

Jena (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pf. Unterstützung bei Carl Müller, Greifgasse 3, Ecke Oberlausastraße.

Forst i. L. für Durchreisende Unterstützung und Herberge bei August Müller, Fruchtstraße 6.

Essen (Nuthe). Durchreisende Kollegen erhalten von Ortsverband Essen Abendrot, Nachtlager und Morgenkaffee. Die Verpflegungskarten werden nicht mehr auf dem Gewervereinsbureau, sondern bei den einzelnen Kassierern ausgestellt.